

Spezial-Abonnent 1 Mark in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle Buchhändler und Buchbindungen des In- und Auslandes an.
Hilfs-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:
H. K. Gorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
O. H. Schneider,
28 S. Market str. corn.
Chicago, Ill.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 21 Sgr., für die übrigen
deutschen Staaten 16 Sgr.
pro Quartal.
Konzepts-Abonnements
werden bei allen deutschen
Buchhändlern auf den 2. u.
3. Monat u. auf den 3. Monat
besonders angenommen,
im Agr. Wochen- u. Org.-
Sch.-Verlag auch auf
den 1. Monat à 5 Sgr.
angenommen.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 96.

Freitag, 10. Oktober.

1873.

Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaats.
2. Jedes Mitglied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze:
 - 1) Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen.
 - 2) Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenherrschaft.
 - 3) Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Vollsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter.
 - 4) Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat.
 - 5) In Erwägung, daß die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, gibt sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei eine einheitliche Organisation, welche es aber auch jedem Einzelnen ermöglicht, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
 - 6) In Erwägung, daß die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder, in denen es moderne Gesellschaft gibt, umfaßt, betrachtet sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei, soweit es die Vereinigung gestattet, als Zweig der internationalen Arbeiterassoziation, sich deren Bestrebungen anschließend.
3. Als die nächsten Forderungen in der Agitation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind geltend zu machen:
 - 1) Ertheilung des allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrechts an alle Männer vom 20. Lebensjahre an, zur Wahl für das Parlament, die Landtage der Einzelstaaten, die Provinzial- und Gemeindevorstellungen, wie alle übrigen Vertretungsorgane. Den gewählten Vertretern sind genügende Diäten zu gewähren.
 - 2) Einführung der direkten Gesetzgebung (d. h. Vorschlags- und Berufungsbrecht) durch das Volk.
 - 3) Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und der Konfession.
 - 4) Errichtung der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere.
 - 5) Trennung der Kirche vom Staat, und Trennung der Schule von der Kirche.
 - 6) Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten.
 - 7) Unabhängigkeit der Gerichte, Einführung der Geschwornen- und Fachgerichtsbereiche, Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und unentgeltliche Rechtspflege.
 - 8) Abschaffung aller Press-, Vereins- und Koalitionsgesetze; Einführung des Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit. Beseitigung der durch die Zucht- und Arbeitsheimearbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz.
 - 9) Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer und Erbschaftsteuer.
 - 10) Staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien.

Staatshilfe für die großen Diebe.

In der letzten Nummer des „Volksstaat“ erwähnten wir der Staatshilfe, welche dem frommen Schwindler Quistorp in Berlin gewährt worden. Seitdem ist diese Angelegenheit in ein neues Stadium getreten. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt darüber unterm 2. d. „vom Berliner Geldmarkt“:
„Die „Krisis Quistorp“ ist nach übereinstimmenden Mitteilungen der Blätter wieder einmal von der Tagesordnung abgesetzt. Ein Comité, bestehend aus der preussischen Bank, der Diskontogesellschaft, der Berliner Handelsgesellschaft, der Darmstädter Bankfiliale und dem Hause S. Bleichröder will Herrn Quistorp die Mittel zur Erfüllung aller Verbindlichkeiten gewährleisten. Zum endgültigen Abschlusse sind indes die Verhandlungen noch nicht gekommen. Die Börsen sind daher immer noch nicht vor der plötzlichen Wiederverkehr einer „Krisis Quistorp“ geschützt. Den bei der Angelegenheit nicht beteiligten Börsenplätzen kann es übrigens nur erwünscht sein, wenn aus der Zahl der Schwierigkeiten, welche gegenwärtig den Geldmarkt bedrängen, wenigstens eine durch die Intervention von mächtigen Bankinstituten momentan entfernt wird. Der „Berliner Börsencourier“ irrt sehr, wenn er meint, man frohlocke in Frankfurt über die Schwierigkeiten, welche der Berliner Markt in den letzten Tagen verschaffen hatte. Abgesehen davon, daß man hier derartige Dinge etwas weniger (?) egoistisch und engherzig auffaßt als vielleicht an der Spree, kann sich Frankfurt am allerwenigsten dem Einflusse Berlins, als dem Sitze der preussischen Hauptbank, entziehen, und wird wie jeder andere deutsche Börsenplatz durch die Entwertung einer großen Anzahl von Effekten in Mitleidenschaft

gezogen. In einem Punkte war allerdings unsere Auffassung der Lage in den letzten Tagen eine abweichende von derjenigen der Berliner Blätter. Unser Bestreben ist mit gleichem Maße zu messen und unseren Lesern über die Vorgänge am Geld- und Effektenmarkt täglich ungeschminkte, wahrheitsgetreue Mitteilungen zu machen, einerlei ob es sich um Berlin oder Frankfurt, um Wien oder Newyork handelt. Die Berliner Blätter waren dagegen namentlich in den letzten Wochen, fast ausschließlich bestrebt, so weit es Berlin selbst anging, die Wahrheit zu vertuschen. Sie haben die namentliche Schönfärberei getrieben, welche sie Monate lang den Wienern vor Vorwürfe machten. Und selbst in den letzten Tagen, als die Thatsachen nicht mehr zu verhüllen waren, haben sich die Blätter auf die allerknappsten Mitteilungen und Andeutungen beschränkt, aus denen das Publikum kaum die volle Wahrheit herauszulesen vermochte. Der unerwarteten Enttäuschung, welche den Kapitalisten bereitet wurde, ist ohne Zweifel der jähe Sturz an der Berliner Börse zuzuschreiben, welche in den letzten Tagen außer Rand und Band zu gehen schien. Und auch heute sind wir wieder nicht in Uebereinstimmung mit den Berliner Blättern. Die Maßregeln, welche man in der Quistorpschen Sache ergriffen, erinnern allzu sehr an die Manipulationen der Wiener Ausbittelscomités, welche die akute Wiener Krisis in eine chronische verwandelt haben und seitdem normale Zustände gar nicht mehr aufkommen lassen. Ein Blick auf den Wiener Courszettel lehrt, daß heute die Course nicht nur weit niedriger als zur Zeit des Wiener Krachs sind, sondern daß die Hauffe kaum eine Wiederkehr der Panique-Course von Anfang Mai ins Auge zu fassen wagt. Hätte man damals die kranken Glieder abgelöst, so würde heute nicht der ganze Börsenorganismus insicirt, wohl aber der gesunde und kräftige Theil zu neuer Thätigkeit erstarkt sein. Die Ähnlichkeit der Lage mit Berlin ist eine frappante, und wird hoffentlich von Denjenigen beachtet werden, welche versucht sein sollten, den jetzt künstlich geschützten Schwindlunternehmungen irgend eine neue Lebensfähigkeit zuzutrauen. Für den Frankfurter Markt und für Süddeutschland überhaupt haben diese Dinge glücklicherweise nur ein secundäres Interesse. Unser Maß ist an den norddeutschen Phantasiewerthen ganz unbetheilt, und die Börse hat bereits angefangen, die Berliner Krisis als eine lokale aufzufassen und sich weit mehr als bisher von den halbrochenden Sprüngen des Berliner Maßes zu emanzipiren.“

Wir ersehen aus obiger Darlegung, daß die preussische Staatsbank es nicht mehr für zweckmäßig erachtet hat, gemeinschaftlich mit der, ebenfalls dem Staat geböhrigen „Seehandlung“ die ganze Verantwortlichkeit und Bürgschaft für die Quistorpschen Schwindelgeschäfte zu übernehmen. Einestheils mochten ihr die Verbindlichkeiten denn doch zu groß erscheinen, andertheils hatte es seine Unbequemlichkeiten, die Staatshilfe in der direkten unverhüllten Form einer Unterstützung seitens der Staatsbank zu gewähren. Anstatt der offiziellen Staatshilfe hat man sich deshalb für offiziöse Staatshilfe entschlossen. In der Sache bleibt es sich gleich, zum Schein aber ist die Verantwortlichkeit abgewälzt, wenigstens gemindert. Die drei Bankinstitute, welche sich der preussischen Staatsbank in dieser Affaire „gefällig“ erweisen haben, stehen notorisch unter dem Einflusse preussischer Regierungskreise, und was Herrn Bleichröder anbelangt, so weiß alle Welt, daß er „Bismarcks Bankier“ ist.

Wir lenken nun die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die Anklage, welche die „Frankfurter Zeitung“ gegen die Berliner Presse schleudert. Die Haltung der Berliner Presse in dieser skandalösen Angelegenheit war und ist allerdings skandalös im höchsten Grade, jedoch nicht anders als es bei der Natur der heutigen Presse zu erwarten. Die Zeitungen bilden die Treiber für die Herren „Gründer“, denen sie das Publikum ins Netz und vor die Klinte jagen; sie erhalten für ihre Dienste den Abfall der Beute, und es ist deshalb nicht von ihnen zu verlangen, daß sie dem Publikum reinen Wein einschenken und sich selber dadurch um ihre reichlichste Einnahmequelle bringen. Das gemeine Sprichwort behauptet zwar: „der Hehler ist so schlimm wie der Stehler“; allein nach der herrschenden Moral sind große Spitzbuben keine „Stehler“, sondern verdienstvolle Leute, und die Hehler der großen Spitzbuben folglich auch keine — kleinen Spitzbuben, die gehängt werden müssen.

Am cynischsten unter den uns vorliegenden Berliner Zeitungen hat es das Leitblatt des Fürsten Bismarck, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ getrieben, die noch am 1. Oktober (in ihrer Nummer vom 2. Oktober) die Stirn hatte, zu schreiben: „Als nunmehr aber (nachdem die preussische Staatsbank schon einmal geholfen) in den jüngsten Tagen neue Bedürfnisse für die in Rede stehenden (Quistorpsche) Institute hervortraten, erklärte nach reichlicher Ueberlegung des ganzen Sachverhalts das Direktorium der preussischen Bank seinerseits, in eine noch weitere Ausdehnung des Bankkredits nicht willigen zu können, schon um die zur Zeit noch vorhandenen, mehr als ausreichenden (?) Deckungen für die bereits diskontirten Beträge nicht zu schwächen. Es treten nun aber die Direktion der hiesigen Diskontogesellschaft, der Berliner Handelsgesellschaft, der hiesigen Filiale der Darmstädter Bank und die Firma S. Bleichröder zu einer gemeinsamen Berathung zusammen, um die Möglichkeit einer Hilfe und die Modalitäten, unter denen dieselbe gewährt werden könne, in Ueberlegung zu ziehen. Diese Berathungen sollen am Montag Abend in dem Sinne zum Abschluß gekommen sein, daß die Mittel gewährt werden, alle Verlegenheiten der Quistorpschen Institute zu beseitigen, sowie dieselben in den Stand zu setzen, allen Verpflichtungen nachzukommen und die vielfach eingegangenen Verbindlichkeiten der mannigfaltigsten Art allmählich zu lösen und abzuwickeln.“ So das persönliche Organ des Fürsten Bismarck. Es

verschweigt, daß die preussische Staatsbank in dem Comité zur Unterstützung des Schwindlers Quistorp vertreten ist; und es läßt dem Publikum vor, daß die Verlegenheiten des Schwindlers Quistorp gehoben seien! Eine Unterlassungs- und eine Belegungs-klage, die an Ehrlichkeit („Gottesfurcht und frommer Sitte“) mit einander wetteifern.

Ueber das Kapitel der Herrn Quistorp gewährten „Staatshilfe“ lesen wir in der „Frankfurter Zeitung“ unterm 3. Oktober:

„Die Berliner Börsenblätter, welche durch Kupreitung der tollsten Gräuheiten und durch systematische Verschweigung der Wahrheit der Agiotage den meisten Vorschub geleistet haben, schreien jetzt nach Staatshilfe. Daß eine solche Staatshilfe den Quistorpschen Schwindelunternehmungen durch die preussische Bank, im Widerspruch zu den bestimmten Erklärungen, welche Herr Dechend am 19. December 1872 im preussischen Abgeordnetenhaus abgab, und zwar in großartigem Umfange bereits geleistet wurde, ist ihnen noch nicht genug. Der Staat soll seine Mittel in Bewegung setzen, um das ganze im Versinken begriffene Gründerschiß über Wasser zu halten. Der „Börsen-Courier“ verlangt ganz ungenirt, daß die preussische Bank Reittwechsel diskontire, die ihr von „guten Firmen“ präsentiert werden, um denselben die Mittel zur Lombardierung der neuentstandenen Aktienunternehmungen zu liefern. Die „Börsenzeitung“ geht noch weiter. Sie fordert, daß die Staatsinstitute, die preussische Bank oder Seehandlung 10 Millionen Thaler zur Unterstützung eines Consortiums hergeben sollen, welches die Aufgabe hätte, die schwachen Gründungen zu liquidiren, zu fusioniren, oder zu lombardiren. Ein besonderer Staatscommissarius soll diese ganze Operation überwachen. Das heißt doch nichts anderes, als daß der preussische Staat mit dem Gelde der Steuerzahler den Karren wieder flott machen soll, welchen die Gründer verfahren haben! Mit welchem Rechte will man fernerhin den sozialistischen Ansprüchen auf Staatshilfe entgegenzutreten, wenn die Organe, welche als Vertreter der Großindustrie auftreten, dem Staate die Erhaltung des Aktienschwindels aufzubürden sich nicht entblöden? Es wäre doch skandalös, wenn der mannhafte Widerstand, welchen das Gründertum im Abgeordnetenhaus und im Reichstage gefunden hat, auf solche Weise ins Praktische überjetzt werden sollte. Der Bankpräsident, Herr Dechend, sagte in seiner Eingangs erwähnten Rede: „Die Bank ist nach ihren Statuten gar nicht berechtigt, solche Wechsel zu diskontiren, welche nicht auf realen Geschäften, sondern bloß auf Geldmacherei beruhen und würde, wenn sie derartige Wechsel in Masse diskontiren wollte, nicht nur ihren Ruf, sondern auch die Geld-Circulation des Landes in Gefahr setzen.“ In dem Falle Quistorp hat die Bank nach den bisher vorliegenden Mitteilungen das hier aufgestellte Prinzip verletzt. Wir glauben nun nicht, daß die gegenwärtige Bankverwaltung sich weiter auf die abschüssige Bahn einer Unterstützung des Gründerschwindels wird drängen lassen. Immerhin aber wird es gut sein, wenn alle unabhängigen Blätter ihre Stimmen erheben und gegen die Rolle, welche man jetzt den Geldinstituten des Staates zugedacht hat, in entschiedener Weise Verwahrung einlegen.“

Hierzu nur eine Bemerkung. Der Vorwurf der Inkonsequenz, der Herrn Dechend und den Berliner Zeitungen hier gemacht wird, ist wohl kaum begründet. Als Girardin, die berüchtigte französische Wetterfahne, einmal des Meinungswechsels beschuldigt ward, erwiderte er: „Ich habe mich nicht geändert und meine Sache ist dieselbe geblieben; sie hat nur, den veränderten Umständen gemäß, ihre Fahne und ihr Losungswort verändert.“ Genau so können die Bourgeoisblätter und Herrn Dechend auf den ihnen gemachten Vorwurf antworten: „Wir haben uns nicht geändert, unsere Sache ist dieselbe geblieben, sie hat nur, den veränderten Umständen gemäß, wenn auch nicht ihre Fahne, doch ihr Losungswort verändert. Keine Staatshilfe! hier keine Staatshilfe für das arbeitende Volk. Beide Forderungen sind der Ausfluß des nämlichen Prinzips der Klassenherrschaft; und liegen in der Natur des nämlichen Systems: des modernen Klassenstaats. Wir sind also durchaus konsequent mit unserem Doppelruf: Keine Staatshilfe für die Armen, aber Staatshilfe für die Reichen!“

Politische Uebersicht.

— Das erbärmliche Kritisiren der Fortschrittspartei, die sich vor unseren eigenen Zuständen fürchtet und ihnen nicht den Schleier herabzureißen wagt, ist bereits auf jenen Standpunkt hinabgesunken, wo man nicht mehr von Kritikern, sondern nur noch von Angstschreibern sprechen kann. Eine Probe dazu liefert das „Norddeutsche Wochenblatt“ in Gera, das sich über den „Nationalreichtum“ verbreitet und der Behauptung, es gäbe bei uns keine reichen Aristokraten, wie in England und Frankreich, die kleinen deutschen Fürsten entgegenhält. „Wir haben großen Reichtum in Deutschland“, heißt es da, „nur nicht am rechten Orte. Da starb vor ein paar Wochen in Genf Karl von Braunschweig. Der Mann hat nicht volle sieben Jahre regiert. Trotzdem war das bewegliche Vermögen, das er mitnahm, so bedeutend, daß er der Stadt Genf ein Vermögen von über 30 Millionen Franks hinterlassen konnte, wobei seine Grundbesitzungen nicht mitgerechnet sind.“

Da ist der Landgraf von Hessen, derselbe, der jetzt seinen Frieden mit Preußen gemacht hat. Dieser Herr soll für die Entsagung seiner Ansprüche an den hessischen Thron aus dem kur-

heftigen Haus- und Staatschag, der bekanntlich von Preußen mit Beschlag belegt ist, eine jährliche Revenue von 230,000 Thlr., außerdem drei oder vier Schlösser erhalten. Die anderen best- schen Seitenlinien Barchfeld-Philippsthal sollen je 36,000 Thlr. erhalten. Berechnet man, daß trotz alledem der Erfurter Hof von Hessen noch über Millionen verfügt, die in seinem Besitz sind, so muß man gesehen, daß die fürstlichen Einkünfte in Deutschland der Art sind, daß sie von Nahrungsorgen diejenigen befreien, die das Glück hatten auf Purpur geboren zu werden. Aber weiter! Der König von Hannover, Georg, konnte, als er 1866 das Weite suchte, gegen 13 Millionen Thaler in Staatspapieren retten, außerdem besitzt er noch Einkünfte als Herzog von Cumberland, so daß er wohl jährlich ein paar tausend Thaler an die Agitation für Wiederherstellung des Welfenthrones wenden kann. Der Reichthum des Herzogs von Nassau ist bekannt. Aber auch die kleinen Fürsten besitzen großes Vermögen. Der Herzog von Anhalt erhielt früher 180,000 Thlr. aus den Domänen. Dazu kamen noch 82,061 Thlr. Einkünfte aus dem Herzogthum Bernburg. Außerdem erhielt die Herzogin-Wittve von Bernburg 12,500 Thlr. jährlich und noch 9561 Thlr. für Schmuckgelber, Marschall u. s. w. Jetzt hat der Herzog von Anhalt, wenn man die Einkünfte seiner Güter in der Krim dazu rechnet, ein jährliches Einkommen von über einer halben Million Thaler! Sehr bedeutend sind auch die Einkünfte des Fürsten Reuß j. L. Derselbe besitzt in seinem 15 Quadratmeilen zählenden Lande einen Grundbesitz von zusammen über 4 Quadratmeilen, von welchem der größte Theil zwar Wald ist, dessen Ertragnisse aber von Jahr zu Jahr steigen. Man berechnet die Einkünfte des Fürsten Reuß j. L. auf jährlich 400,000 Thaler.

„Das sind nur einige Fingerzeige für diejenigen, welche unsere Nationalwohlstand bezweifeln. Wir könnten diese Liste noch lange fortsetzen, wir könnten den feineren Herzog Wilhelm von Braunschweig, die Fürsten von Schwarzburg u. s. w. anführen, aber es sei genug für die Behauptung, daß Deutschland reiche Männer hat, die recht gut mit Englands und Frankreichs reichsten Aristokraten rivalisiren können.“

Die Liste, die Herr Wartenburg hier aufzählt, ist nicht uninteressant und die deutschen Arbeiter können erfahren, wie viel sie erarbeiten müssen, bis nur das „Schmuckgeld“ und der Pferdebestall für eine alte Herzogin beschafft sind. Der schlaue Redakteur des „Nordd. Wochenblattes“ indessen glaubt zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen; einmal glaubt er „wirklich liberal“ zu erscheinen, indem er gegen die hohen fürstlichen Apanagen loszieht und zweitens glaubt er gegen die Kleinstaatler im Interesse der „Einheit“ zu arbeiten.

Betrachten wir die Sache von einer andern Seite. Nachdem Herr Wartenburg nachgewiesen und zwar mit Zahlen nachgewiesen, daß sich die Reichthümer der Nation in den Händen einzelner Personen und Familien befinden, redet er doch noch von einem „Nationalwohlstand“. Die paar Fürsten sind ihm identisch mit der Nation! Seine ganze Ausführung, die elegant beweist, daß heute das Wort „Nationalreichthum“ ein Blödsinn ist, erklärt er selbst als bloße „Fingerzeige für diejenigen, die den Nationalwohlstand bezweifeln wollen! Aber damit nicht genug. Weiß Herr Wartenburg vielleicht nicht, daß die Familie Hohenzollern ungeheuer reich ist, daß ihre Haupt, der Kaiser-König Wilhelm, eine Civilliste von vier Millionen Thaler hat, und daß ihre zahlreichen Prinzen und Prinzessinnen ebenfalls enorme Apanagen und Rad- und Gelder beziehen? Er, der sonst stets den Mund so voll nimmt vom „Glanz des hohenzollernschen Hauses“, schweigt davon müssig, wo von den Civilisten die Rede ist und fällt über die kleinen Fürsten her. Weiß Herr Wartenburg vielleicht auch nicht, daß genau dasselbe, was er den kleinen Fürsten nachsagt, auch bei den großen zutrifft und zwar in entsprechendem Maßstabe? Das muß er wissen, und deshalb die Erbärmlichkeit seiner „Kritik“. Mag er sein Ziel erreicht und den Hohenzollern wohlgefällige Dinge gesagt haben — den Arbeitern wird er nicht die Köpfe verdrängen. Die Entertainer und Ausbeuteten, die Proletariat wissen am besten, daß sie Nichts haben, ob der „Nationalwohlstand“ hoch oder niedrig ist, und wer dennoch im „Nationalwohlstand“ glückliche wirtschaftliche Verhältnisse entdeckt, der macht sich in ihren Augen lächerlich.

Bei der „radikalen“ Partei in Frankreich herrscht ungeheurer Jubel, weil der alte Sündler Thiers in einem Briefe an den Maire von Nancy erklärt hat, daß man in Frankreich jetzt nicht allein die „Republik“ verteidigen müsse, sondern auch alle Rechte Frankreichs, seine bürgerlichen, politischen und religiösen Freiheiten, seinen sozialen Zustand, seine Prinzipien, die 1789 proklamirt, der ganzen Welt zu Theil geworden sind! Wenn eine politische Partei über solch albernen Geschwätz eines alten Staatsgaulners in Jubelgeschrei ausbrechen und die Zukunft für sich gereitigt glauben kann, so ist damit ihre gänzliche Unfähigkeit und Haltlosigkeit zur Evidenz erwiesen. Weder deutsche noch französische „Radikale“ haben die Ironie herausgefunden, die in den Worten Thiers' steckt. Der Mann, die dem „Rechte Frankreichs“, wie sie die Revolution von 1789 schuf und sanktionirte, unausgesetzt auf freche ins Gesicht schlug und mit Füßen trat, braucht diese „Rechte“ nur in seinem Mund zu nehmen und die „Radikalen“ proklamiren ihn als Retter des Staats vor den monarchischen Reptilien. Der Mann, welcher die Commune in einem schrecklichen Blutstrom ersäufte und ihre hochherzigsten Kämpfer „handrechtlich“ mordete, braucht nur von dem „sozialen Zustand“ Frankreichs zu reden und die „Radikalen“ erwarten von ihm die Rettung der Gesellschaft. Wahrlich, Herr Eduard Portalis, der sich durch ein Bündniß mit den Bonapartisten proklamirte, wird sich von seiner Schande niemals mehr rein waschen können, aber Niemand wird ihn einen Dummkopf schelten; seine ehemaligen „radikalen“ Parteigenossen aber, die da glauben, die Erscheinung des alten, abgelebten, durch seine politische Gaulelei allüberall in Mißkredit gekommenen Thiers auf dem Schauplatz wirkte Wunder, werden sich schwerlich vor dem Vorwurf der politischen Helei zu wahren wissen. Der Versuch, mit dem braven, von der Schürze seiner Frau beherrschten Thiers, neues Leben in den gänzlich verwesten Parteikörper der „Radikalen“ zu leiten, kommt uns gerade vor, wie wenn man einen alten abgetriebenen Droschkengaul zur Züchtung von Coelhirschen in einen Park einstellt. Was vollends den „sozialen Zustand“ Frankreichs betrifft, so ist in Frankreich klar als irgend sonst wo erwiesen, daß nur das Proletariat die Fähigkeit und den Beruf hat, die gesellschaftlichen Fragen zu einer richtigen und würdigen Lösung zu führen. Uns weiter über den Thiers- und „radikalen“ Schwindel auszusprechen, wäre daher sehr überflüssig und langweilig; weit größeres Behagen dagegen erregt in uns die Thatsache, daß Lulu, der hoffnungsvolle Sproß der Bonapartes, von einem englischen Banakademiker eine mächtige, mit Rosenblüthen verbundene Dhrzeige erhalten hat, weil er in fürstlichem Rathwille eine Zeichnung bezubehalten. Leider findet sich in England kein Staatsanwalt, der diese „Schändung des monarchi-

schen Prinzips“ als „Majestätsbeleidigung“ vor Gericht zöge. Offenlich wird an verschiedenen Höfen ob dieses betrübenden Ereignisses die obligate Hoftrauer angelegt!

— Privilegirter Menschenmord. Unsere Leser erinnern sich der Agitation des englischen „Matrosenfrennds“ Plimsoll für Maßregeln zum Schutz der Schiffsmannschaften gegen die Hab- sucht der Rheber und Schiffseigenthümer. Mit Ach und Krach gelang es Hrn. Plimsoll, das Parlament zur Niederlegung einer Untersuchungskommission zu bewegen. Wohlau, diese Kommission hat nun ihre Arbeiten vollendet; und das Ergebnis ist genau so, wie jeder mit Menschen und Dingen nur irgend Vertraute es erwarten mußte. „Die auf Anträgen Plimsoll's,“ so schreibt die „Englische Correspondenz“, „zur Untersuchung der angeblichen Seemantlichtigkeit britischer registrirter Handelsschiffe niedergesetzte königliche Kommission hat einen vorläufigen Bericht erstattet, der den edlen Menschenfreund nicht sehr erbaunt wird. Die Kommission steht sich in Folge der widersprechenden Ansichten, welche die Enquete (Untersuchung) zu Tag förderte, außer Stande, irgend welche Vorschläge zur Ab- hilfe der von Plimsoll gerügten Uebel zu machen. Sie verweist auf die seit ihrer Ernennung bewirkte wesentliche Veränderung in dem Gesetze, welche dem Handelsamt die Befugnis ertheilt, seemantlichtige Schiffe zu detiniren (zurückzuhalten), und hält es für zweckmäßig, erst die Wirkung der neuen Veränderung abzu- warten, bevor eine neue Gesetzgebung in dieser Richtung vorge- nommen werde.“

Kurz — es geschieht Nichts! Das Parlament der Besitzenden läßt den Besitzenden freies Spiel, und läßt Derjenigen, die so naiv waren, von ihm Hilfe gegen die Ausbeutungswuth seiner Mitglieder, Gönner und Klienten zu erhoffen. Der moderne Klassenstaat ist derselbe überall, in England wie in Frank- reich, Deutschland, Amerika. Der moderne Klassenstaat ist nichts Anderes, als die Versicherungsanstalt der besitzenden Aus- beuter gegen die beschloßenen Ausbeuteten. Der Vor- wand, unter welchem die Forderungen Plimsoll's zurückgewiesen worden, besteht nicht vor der oberflächlichen Kritik; denn die Unter- suchung der abfahrenden Schiffe ist genau in den nämlichen Händen geblieben, wie früher. Aber wozu eine bessere Begrün- dung? So wollen wir es! sagen die Herrscher — und damit basta!

— Prozentpatriotismus. Die Engländer sind gegen- wärtig mit einem afrikanischen Volkstamm, den Ashantis, in einen Krieg verwickelt, der bis jetzt sehr unglücklich für sie verlaufen ist, was ihnen — da sie die ausschließliche Schuld an diesem Krieg tragen — zu gönnen wäre, wenn bei solchen Gelegenheiten die Strafe nicht immer auf diejenigen fielen, welche sie am Wenig- sten verdient haben, während die eigentlichen Uebelthäter vermöge ihrer hohen und geschützten Stellung meist zu entkommen wissen. Doch darüber wollen wir jetzt nicht moralisiren. Wir erwähnen des Ashantikriegs wegen der löstlichen Satyre auf den Bourgeois- patriotismus, zu welcher er Anlaß gegeben hat. Die englische Re- gierung ist nämlich dahinter gekommen, daß die englischen Waffen- und Pulverfabrikanten einen ebenso einträglichen als lebhaften Handel mit den Ashantis führen, und auf's Eifrigste beflissen sind, ihnen die Gewehre nebst obligatem Pulver und Blei zur Niederschießung der englischen Soldaten zu liefern! Es soll deshalb eine Untersuchung angeordnet worden sein. Nun — das einzige Ergebnis, das sie allenfalls liefern wird, dürfte die Con- fessionation eines oder der andern kleinen Waffen- und Munitions- sendung sein, die man, wie das bei solchen Gelegenheiten Brauch ist, den Behörden absichtlich in die Hände spielt, um die eigent- lichen Sendungen desto sicherer durchzuschuggeln zu können. Den betreffenden Hrn. Bourgeois wird kein Haar gekrümmt werden. Haben sie doch nur gethan und thun sie doch nur, was die eng- lische Bourgeoisie und die Bourgeoisie aller übrigen Länder stets gethan hat und stets thun wird, so lange es eine Bourgeoisie gibt.

Während des indischen Aufstands, während des Krimkriegs, während des Kafferkriegs behätigte die englische Bourgeoisie ihren Patriotismus genau in derselben Weise. Sie hielt patrio- tische Reden gegen den Weltfriedensförderer Nikolau; meinte über die Grausamkeit der Sipoys; verwünschte die Zähigkeit der Kaffern — und dabei lieferte sie für gutes Geld Nikolau die Flinten und Kanonen, um den Weltfrieden zu stören; den Sipoys die Säbel, um die englischen Gefangenen in Stücke zu hauen (so weit dies nicht „fromme Lügen“), und den Kaffern die Büchsen, um die englischen Soldaten aus dem „Busch“ niederzuschießen und den Krieg in die Länge zu ziehen. Ähnliches haben wir in Deutsch- land erlebt. Daß deutsche Bourgeois den Franzosen das Geld zur Fortsetzung des Kriegs gegen Deutschland verschaffen halfen, ist nicht vergessen; und vergessen ist auch nicht, daß die deutschen Bourgeois, welche deshalb, um die öffentliche Entrüstung zu be- schwichtigen, verurtheilt werden mußten, von dem Kaiser-König in Berlin begnadigt wurden.

Und so weitling, wie in Berlin, wird man auch in London sein, und die „Vaterlandslösigkeit“ der Bourgeoisie gebührend würdigen, darum aber nicht aufhören, ihren „Patriotismus“ zu preisen, wenn es passend erscheint.

— „Intelligenz“ des „Neuen“. Nachdem uns der „Neue“ jüngst Aufklärung darüber gegeben, was „äußere männliche Erscheinung“ ist, hat er in letzter Sonntagsnummer dem lang- gesühten Bedürfnis nach einer Definition des Begriffs „intelli- gent“ abgeholfen, und zwar so genial, daß Buckle — falls er noch lebte — vor Reid besten würde. Man lese:

„Das — unintelligente Frankreich“ zählt nur 91,000 Israeliten, das „intelligente“ Deutschland aber 776,000. Dies wird auch (so „intelligente“ auch) der Grund sein, weshalb das moderne Deutschland so intelligent ist.“

Da wäre denn das große Geheimniß enthüllt. Nur die Form der Enthüllung scheint uns nicht glücklich gewählt. Die Ironie ist ein gefährliches Spielzeug — das hätte der „Neue“ bedenken sollen, als er obigen Drafespruch niederschrieb, der gewiß manchem gläubigen Leser des Judenstessers Hassel-Marat Kopfschütteln, wo nicht Kopfschmerzen verursacht haben wird. Natürlich nimmt Hassel-Marat „unintelligent“ für „intelligent“ und umgekehrt. Die wissenschaftliche Entdeckung, welche er uns mittheilt, läuft also darauf hinaus: die Intelligenz eines Volks steht im um- gekehrten Verhältnis zu dem ihm heigemischten Prozent- satz von „Israeliten“. Mit andern Worten: Je weniger Ju- den in einem Land sind, desto höher ist dessen „Intelligenz“, und je mehr, desto niedriger. Deutschland, das relativ die zahl- reichste Judenbevölkerung hat, ist folglich das unintelligenteste, und China, das die geringste Judenbevölkerung hat, das intelligen- teste aller Länder. Wirklich intelligent (ohne „Ironie“) ist in Deutschland nur die Redaktion des „Neuen“, was uns so höher anzuschlagen, als sie geschäftsmäßig und ohne Unterbrechung mit den Produkten des „Judenjungen“ Ferdinand Lassalle umgehen

muß. Daß sie sich dessen verderblichem Geist mit solchem Erfolge fern zu halten gewußt hat, ist wirklich anzuerkennen.

In derselben Nummer des „Neuen“ druckt Hassel-Marat seinem flammenden Zwillingbruder Revue-Meyer mit vielem Behagen nach, daß Bracke „mit großer Beharrlichkeit und Treue“ von den „Intelligenzen“ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei „angegriffen“ würde; und fügt die geistreiche Bemerkung bei: „Wir bedauern nur den armen Bracke, in dessen Haut sich also seine Freunde theilen sollen, und — warnen ihn.“ Gutmüthiger „Neuer“! Die „Warnung“ kommt unzweifelhaft aus Hakenkreuzer's Spieß- bürger-Büchlechen („äußere männliche Erscheinung“).

— Herr Böhmert, der bekannte Züricher Confusiondrach und „Nationalökonom“, dem unser Parteigenosse Franz so tüchtig beigeleuchtet hat, kann in der „Tagwacht“ lesen, wie seine Rath- schläge zur „praktischen“ Ausführung gelanges. Dort heißt es: „Bekanntlich empfiehlt der große „Reiter“ der maßbürgerlichen Gesellschaft (Herr Böhmert nämlich!) in der Schweiz den Arbeitern in seinem Buche „Einschränkung der Familienvermehrung“. Das paßt natürlich auch zur „Rettung“ der „Religion“ und „Familie“.

Zu diesem Böhmert'schen Evangelium von der Einschränkung der Familienvermehrung schwören bekanntlich auch alle Hausbesitzer, die als Bundesgenossen des Herrn Professor nur noch an „Leute ohne Kinder“ Wohnungen ausmieten.

Wie weit diese moderne Slaverei schon gediehen, das möge folgendes Inserat zeigen, welches Mitte August in einem Züricher Blatte erschien:

Zu entleihen.

„Ein junges Ehepaar ab dem Lande, gute Zinser (vierteljähr- liche Vorausbezahlung wird ausdrücklich garantirt), bis dato kinder- los und welches sich auch verpflichten würde, gegen den Willen des Hausherrn keine Kinder zu erzeugen, sucht am Kirchweih oder nicht entsprechenden Falls auf Martini eine Woh- nung von 4 bis 5 Zimmern, am liebsten in der Nähe des Kreuz- platzes in Hottingen, oder am innern Mühlebach. Gefällige Offerten unter Chiffre D. M. bittet man bei der Expedition dieses Blattes abzugeben.“

Ob dieses Inserat trauriger Ernst oder Galgenhumor ist, wissen wir nicht.

Nun mag Herr Kirchmann, der moderne Malthus — der die Gesellschaft dadurch retten will, daß jeder Arbeiter verpflichtet wird, nicht mehr als zwei Kinder zu erzeugen — einen Purzel- baum schlagen! Der Kirchmann hat's gedacht, der Böhmert hat's gemacht, drum werden sie Beide ausgelacht!

— Wir brachten kürzlich einen der neuer erschienenen „Buchbinde- zeitung“ entnommenen Artikel, worin erzählt war, daß der Bor- stand des Buchbindereverbandes, Richter, wegen „Absperrung“ der Buchbinderei des Herrn Frische zu Leipzig — die Absperrung so- man als „Berruferklärung“ an — mit 1 Woche und 1 Tag Ge- fängniß „bestraft“ wurde, daß aber Richter, als er gegen Frisch wegen Berruferklärung von zehn Arbeitern gerichtlich vorge- stellt, mit seiner Klage abgewiesen wurde. Dazu bemerkt der conservative „Hamburgische Correspondent“:

„Die Sache liegt zu einfach, als daß es irgend welchen Kom- mentars zu derselben bedürfen könnte: die Warnung vor Eintritt in ein bestimmtes Geschäft, welche die Arbeiter erlassen haben, steht genau auf derselben Linie mit der Warnung der Prinzipale vor Anstellung gewisser Arbeiter. Lag im ersteren Falle ein Vergehen gegen § 153 des Gewerbegesetzes vor, das mit achtzigtägiger Ge- fängnißstrafe geahndet werden mußte, so mußte in dem zweiten die Prinzipale betreffenden Falle, genau ebenso verfahren werden. Daß dem nicht so gewesen, daß vielmehr mit „zweierlei Maß“ ge- messen und die Arbeiterbeschwerde zurückgewiesen worden, involv- t eine Art von Rechtsplege, für welche die Bezeichnung „Klassen- justiz“ sicher noch zu milde gewählt ist.“

Das meinen wir auch. Wenn man in Betracht zieht, daß die Behörden allen ihren Entscheidungen noch die famose, freilich nicht mehr sonderlich wirksame Zauberformel „Von Rechts wegen“ anfügen, so wird es klar, daß wir es wohl hier mit einer „Klassen- justiz“, aber auch mit einem „Rechtssystem“ zu thun haben, das auf nichts weniger als wirklichem Recht, d. h. Gerechtigkeit be- ruht. Dürft doch unsere ganze moderne „Rechtswissenschaft“ nach dem großen Theil auf jezen vermoderten „Grundfragen“, welche der oströmische Kaiser und Haupttyrann Justinianus im sechsten Jahrhundert durch seine Hoffstrangen aufstellen ließ. Daß man in vielen Fällen anstatt des modernen Begriffes „Recht“ einfach „Angerechntheit“ setzen kann, wenn man den gefunden, nicht von der Klassenheule angestochten Menschenverstand walten läßt, die- quid pro quo (Bewechslung) beweist eben wiederum, daß die Gebäude der heutigen Gesellschaft nur Lug und Trug zu seinem Grundpfeilern hat.

Die Festungshaft in Preußen.

Wo unsere Gesetzgebung einmal einen Anlauf in liberale Richtung nimmt, da kann man schon immer mit Sicherheit erwar- ten, daß in der Praxis gerade das Gegentheil von dem heraus- kommt, was beabsichtigt wurde. Das Reichs-Strafgesetzbuch ist die Festungshaft, die eine Art custodia honesta sein sollte; ist sie auch auf dem Papier; in Wirklichkeit aber wird der Festungshaft Verurtheilte vollständig dem Bereiche der bürgerlich- gerichtlichen Entzogen und hängt seine Behandlung allein von dem „pflichtgemäßen Ermessen“ des Kommandanten ab. Uns gehen Mittheilungen zu, welche zeigen, wie groß der Theil derjenigen ist, welche in der Festungshaft eine mildere Strafe sehen.

Beischelmünde, bei Danzig, scheint der neue Zufluchtsort für die politischen „Verbrecher“ zu werden. Kommandant der Festung ist der Oberstleutnant Overdahl. Alle Briefe an Festungsgel- gene und von solchen werden vom Kommandanten kontrol- lirt Selbst Verfügungen, Erlernnisse u. von Gerichten werden vom Kommandanten eröffnet und geprüft, ehe sie dem Adressat eingehändigt werden. Dasselbe ist der Fall mit den Zeitungs- „Regierungsfeindliche Blätter“ werden mit Beschlag belegt. Beschwerden können nur an das Generalkommando des 1. Armee- corps gerichtet werden. Wie der Erfolg dieser Beschwerden dafür nur ein Beispiel. Kotsky, der frühere Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, verhielt gegenwärtig in Beischelmünde eine dreimonatliche Festungsstrafe wegen Majestätsbelei- digung, die durch den bloßen Abdruck des Berichts des Generals der Internationalen Arbeiter-Assoziation auf dem Kongress in London von ihm herausgegebenen „Demokratischen Blättern“ abt sein soll. Kotsky beschwerte sich wegen des Vorentscheides von Zeitungen. Hieraus kam ein Bescheid des Generalkommandos unterzeichnet von Barnekow, an die Kommandantur, worin die

aufgefordert wird, Kotosky mitzuteilen, daß das Generalkommando aus dem Berichte vom 21. ersehen, daß seine Beschwerde unbegründet ist, da nach der Instruktion vom 6. März 1826, § 15, und dem Reglement vom 2. Juli 1873, § 156, es in das „pflichtgemäße Ermessen“ des Festungskommandanten gestellt ist, die Korrespondenz der Gefangenen zu beschränken, wenn „Nachtheile zu befürchten“ sind. Dieser Bescheid wurde Kotosky durch den Polizei-Unterschiedler zur „Ansicht“ vorgelegt; Abschrift zu nehmen wurde als verboten verweigert. Kotosky schickte hierauf an den Kommandanten folgendes Schreiben:

„Festung Weichselmünde, 1. Oktober 1873.“

An den Herrn Kommandanten der Festung Weichselmünde.

Ich bitte, mich Abschrift des Bescheides des Königl. Generalkommandos nehmen zu lassen. Es liegt mir daran, denselben wortgetreu zu besitzen, da er in keiner Weise den Punkt meiner Beschwerde berührt, die sich hauptsächlich auf die Entziehung der Zeitungsektare bezieht. Der ganze Bescheid bezieht sich auf einen Bericht vom 21. September, und da ich diesen nicht kenne, so kann ich nicht wissen, in wie weit jener begründet ist.

S. Kotosky.

Dieses Schreiben erhielt R. am 3. Oktober zurück und zwar mit folgender Bemerkung:

„Kommandantur Weichselmünde, 2. Oktober 1873.“

Br. m. dem Literaten Herrn Kotosky mit dem Erwidern zu remittiren, daß sich die Entscheidung ebensowohl auf Ihre Beschwerde vom 17. v. M., wie auf den diesseitigen Bericht vom 21. v. M. bezieht. Zur Ueberlassung einer Abschrift hat die Kommandantur keinen Auftrag und ist diese Angelegenheit hiermit abgeschlossen.

Königl. Kommandantur, Dverbnk.

Am 2. Oktober wurde zugleich den beiden Festungsgefangenen, Erwin Westerbürg, früherem Redakteur des „Tilsiter Bürger- und Bauernfreund“, und Kotosky, der Aufenthalt auf dem Hofraum vor ihren Zellen, da derselbe sonst während ihrer Freistunden von ihnen benutzt wurde, untersagt, und blieb denselben nur ein kleines Terrain am Festungswalle zur Verfügung. Hierdurch ist ihnen bei der rauhen Witterung, die dort herrscht, der Aufenthalt im Freien rein illusorisch gemacht, umso mehr, als Kotosky bei seinem schweren Körperleiden am Gehen gehindert ist und Westerbürg, der Verunsicherung wegen, gezwungen ist, in seine Zelle zurückzukehren, sowie K. dieses thut. So hat sich in den letzten Tagen die vorgeschriebene vierstündige Erholungszeit auf wenige Minuten reduziert. Gerechtigt wird diese Maßregel vom Kommandanten unter Hinweis auf eine vom Kriegsminister von Hake unterzeichnete „Instruktion für die Festungskommandanten vom 6. März 1826“, deren § 8 dem Kommandanten es überläßt, für die Freistunden einen angemessenen, leicht zu überwachenden Raum innerhalb der Festungswälle zu bestimmen. Zugleich bemerkt der Kommandant, daß, wenn dieses bisher „anders“ gehandhabt worden ist, das auf einem Versehen des Polizei-Unterschiedlers beruhe. Nun, dieses „Versehen“ wurde während 8 Wochen bei Westerbürg und während 16 Tagen bei Kotosky übersehen. Der Hof ist gewiß leicht zu bewachen, da er unter und neben den Fenstern des Kommandanten sich befindet.

Interessant ist die Stufenleiter der Verschärfungen. Als Westerbürg die Haft antrat, besuchte er in den Freistunden auch ganz frei die unter den Gefängnis-Zellen belegene Cantine. Später durfte er diese nur unter Aufsicht betreten. Dann wurde der Aufenthalt in derselben ganz untersagt. Kotosky hat bei seinem Haftantritt nur einmal unter Aufsicht die Schwelle der Cantine überschritten, indem er seine Rechnung bei der Wirthin derselben berichtigte. Jetzt ist auch der Aufenthalt im Hof- und Gartenraum vor der Cantine untersagt, und es stellt sich heraus, daß alle bisher genossene freiere Bewegung ohne Wissen des Kommandanten allein auf einem Versehen des jetzigen wie des früheren Polizei-Unterschiedlers beruht. Der letztere wurde abgelöst, zugleich aber noch mit 8 Tagen Mittel-Arrest bestraft; außerdem erhielten 2 Unterschiedler 5 resp. 3 Tage, Westerbürg 8 Tage Arrest, die für ihn in Entziehung der Freistunden bestand. Das Hauptverbrechen bestand in der Mittheilung eines Buches, und zwar — man höre und staune! — des „Jahrbuchs der Volkswirtschaft“ von Erad.

Die Entziehung des Aufenthalts auf dem Hofe ist durch Nichts gerechtfertigt. Die Gefangenen blieben jedem Verkehr mit anderen Personen fern; höchstens wurde zu den Kindern der Wirthin der Cantine im Alter von 4 und 5 Jahren ein Wort gesprochen, das freilich stets die Folge hatte, daß die Kinder durch den Polizei-Unterschiedler in's Haus getrieben wurden.

Interessant ist es auch, zu wissen, daß die Festungsgefangenen in 2 Klassen getheilt sind. Die der zweiten Klasse, Militärs, haben 6 Freistunden, ihre Zelle ist unverschlossen u. s. w. Es scheint also ein Irrthum zu sein, daß die Rechtsgleichheit eingeführt ist. Die Festungshaft bedeutet etwas anderes für den vom bürgerlichen Gericht als für den vom Militärgericht Verurtheilten.

Der Festungsgefangene steht vollständig rechtlos da; der Rechtsweg ist für seine Beschwerden ausgeschlossen. Wäre man nicht an alles bereits durch unsere Liberalen gewöhnt, so müßte man über die wahnsinnige Verblendung staunen, welche einen Verurtheilten, um ihm eine mildere Behandlung zu verschaffen, geradezu der gesammten Rechtshilfe entzieht und ihn vollständig unter das gute Belieben oder das „pflichtgemäße Ermessen“ eines Festungs-Kommandanten stellt, der es in seiner Macht hat, die Haft empfindlicher zu machen, als es die Zuchthausstrafe unter der Leitung eines nur irgend humanen Direktors wäre.

Bei der Vollstreckung der Gefängnisstrafe in Preußen für politische Verbrecher steht dieser unter der Oberaufsicht des Gerichtspräsidenten, dem gegenüber noch immer Beschwerden zulässig sind und der doch gewissermaßen Rücksicht auf die Meinung seiner Berufsgenossen zu nehmen hat. Es existiren doch gewisse Normen, die nicht ganz zu umgehen sind. Welchen Schutz hat aber der Festungsgefangene, wenn der Festungs-Kommandant es in seinem „pflichtgemäßen Ermessen“ findet, daß die Haft dem Gefangenen eine gehörige Lektion erteile? So wird die Festungshaft zur schauerhaftesten, weil willkürlichsten Strafmittel.

Wir sind gespannt darauf, ob die liberale Presse es der Mühe werth halten wird, diese Mittheilungen im Interesse der Rechtspflege zu berücksichtigen, oder vielmehr wir sind nicht gespannt darauf, haben doch die Liberalen ein Interesse daran, über solche Erscheinungen im „Rechtsstaat“ einen dichten Schleier zu ziehen.

Gewerkschaftliches.

Internationale Gewerkschaft der Schuhmacher.

Gotha. Abrechnung. Kassenbestand vom Monat August: 127 Thlr. — Sgr. 8 Pfg. Einnahme: Konstanz a. B. 1 Thlr.

21 Sgr. 5 Pfg., Würzburg 2 Thlr. 17 Sgr. 1 Pfg., Rochlitz 1 Thlr. 29 Sgr., Koburg 4 Thlr. 12 Sgr., Chemnitz 3 Thlr., Leipzig 5 Thlr., Stade 3 Thlr. 11 Sgr. 3 Pfg., Gotha 2 Thlr. 3 Sgr., Altrnberg 8 Thlr. mit Protokolle, Erfurt 10 Thlr. 4 Sgr. 3 Pfg., Dresden 10 Thlr. 9 Sgr., Offenbach 10 Thlr. 10 Sgr. 7 Pfg., Rochlitz 1 Thlr. für Protokolle, Braunschweig 3 Thlr. für Protokolle, Summa der Einnahme mit Kassenbestand 193 Thlr. 28 Sgr. 7 Pfg.; Ausgaben: Heber, Stuttgart, für Agitation 1 Thlr., für Agitation nach Mühlhausen 1 Thlr., Reisekosten für Unterzeichneten zu der am 28. September in Braunschweig stattgefundenen Konferenz der Vorsitzenden der verschiedenen Gewerkschaften 10 Thlr., Schreibmaterial und Porto des Kassirers für den Empfang der Gelder 12 Sgr. 3 Pfg., für geschriebene und gedruckte Zirkulare und Besendung derselben 2 Thlr. 17 Sgr., eine Depesche nach Hildesheim 10 Sgr., Gehalt und Verlag des Vorsitzenden für Monat September 12 Thlr. 12 Sgr. 4 Pfg., Summa 27 Thlr. 21 Sgr. 7 Pfg. Bilanz: Einnahme 193 Thlr., 28 Sgr. 7 Pfg., Ausgabe 27 Thlr. 21 Sgr. 7 Pfg., bleibt Kassenbestand 166 Thlr. 7 Sgr. — Pfg.

Mit Brudergruß

Für die Verwaltung: W. Bod, Berg No. 37.

Correspondenzen.

Zwickau, 6. Okt. Soeben habe ich die hiesige Kuranstalt verlassen und zwar so unverbessert, als ich dieselbe einst betrat. Demnachst werde ich noch 1 Monat abzusitzen haben, welche „Strafe“ jetzt noch nicht „Rechtskraft“ besitzt. Ich hatte nämlich vom Gefängnis aus gegen eines der vielen wider mich erstossenen Urtheile Einspruch erhoben und aus der mangelhaften Logik und den wunderbaren Stillwendungen des betreffenden Erkenntnisses gefolgert, daß sich hierdurch die Justiz selbst als ein Unterdrückungsinstrument kennzeichnen, das sich den jeweiligen Machthabern behaftet Maßregelung missliebiger Personen zur Verfügung stelle. Auch lief mir mein Herz insofern über die Feder, als ich die Bemerkung machte, daß zwar jetzt, wie überhaupt in jeder Reaktionsperiode, zahlreiche Preßzeugnisse durch willkürliche Auslegungen und Verdrehungen ihres Inhalts zu Gegenständen massenhafter Anklageursachen gestempelt wurden, daß ich selbst in dieser Hinsicht schon Unglückliches erlebte und bisher der Meinung gewesen sei, Frau Themis habe schon in den Zimmermann'schen Fällen das Möglichste oder vielmehr Unmöglichste geleistet, daß mich aber der neueste Fall — derselbe betraf eine angebliche Beleidigung der berühmten Leipziger Geschworenen — belehre, wie sehr die Rechtspflege sich nach rückwärts konzentrierte. Der Justizminister nahm die sehr ehrenwerthen Chemnitzer Richter in Schutz, ließ gegen mich durch den wadern Staatsanwalt zu Zwickau, der schon durch den Soldatenliedprozeß große Berühmtheit erlangte, Strafantrag stellen und die Zwickauer Richter verdonnerten mich natürlich wegen Beleidigung ihrer Chemnitzer Kollegen. Ich, der ich mich auf juristische Eiergänge nicht verstehe, glaubte auf Grund des § 193 des R.-St.-G., der anscheinend Rede- und Schreibfreiheit sichert, wenn es sich um Wahrung berechtigter Interessen handelt, klaren Wein einschenken zu können, bin aber, wie Figura zeigt, mit meiner Meinung reingefallen. Nun, habe ich 14 Monate in größter Gemüthlichkeit verbrummt, so lasse ich mir dieser Kleinigkeit halber auch keine grauen Haare wachsen. Von der sächsischen Justiz aber halte ich nach wie vor erst recht — was ich will. — Allen Parteigenossen, welche mich während meiner Haft unterstützten, sage ich besten Dank. Zugleich theile ich kurz mit, wie es mir erging. In Hof steckte man mich in ein finstres, stinkiges Loch, in welchem sich Mäuse tummelten — glücklicherweise war ich nur drei Tage lang dort. In Chemnitz brachte man mich anfangs zwar in sein Mäusequartier, wohl aber gleichfalls in einen höchst sanitätswidrigen Kottler. Natürlich rückte ich nun dem Inspektor, Untersuchungsrichter und Direktor auf den Leib und erlämpfte mir so mein altes Quartier im „rothen Thurm“ wieder. Um Licht brennen und Tabak rauchen zu können, mußte ich mein Bescherdenbombardement bis zum Justizminister ausdehnen. Am anständigsten wurde ich in Zwickau behandelt, und ich bin überzeugt, daß die Sigierei in jedem sächsischen Bezirksgericht mit weit mehr Unannehmlichkeiten verknüpft ist, als in der hiesigen Strafanstalt. — Da ich nun wieder aktionsfähig bin, stelle ich mich hiermit aufs Neue der sozialen Revolution zur Verfügung. Obgleich meine Ausweisung aus Sachsen formell wieder aufgehoben wurde, dürfte innerhalb Jahresfrist gewisser rüdigere Hindernisse wegen hier kein Operationsfeld für mich sein. Ich könnte es freilich erst auf eine allgemeine Räderei ankommen lassen, kann aber darin keinen Vortheil für unsere Sache erblicken. Zudem sind Staat und Gesellschaft derart verlottert, daß es ganz einerlei ist, von welcher Seite aus deren Grundfesten untergraben werden. Darum begeben sich mich zunächst nach Süddeutschland, wo ziemlich viel Arbeit auf mich wartet.

Gruß und Handschlag allen Kampfsgegnern! Joh. Ros.

Großschauen. Seit April bin ich hier am Orte, und wie ich zu meiner Freude gesehen habe, ist auch hier unter den Arbeitern das Streben vorhanden, ihre Lage zu verbessern. Natürlich trat ich sofort der Partei bei, um mitzuhelfen an der Arbeit zur Erlangung der Menschenrechte. Die Lage läßt hier vieles zu wünschen übrig; man hört Klagen über niedrige Löhne; Mann und Frau müssen in den Fabriken arbeiten, und doch können beide nicht so viel verdienen, um auskömmlich leben zu können. Die Kinder selbst sind häufig zum Verdienen mit herangezogen oder sie sind sich zu Hause selber überlassen. Dabei ist hier alles theuer. Die Butter ist zum Luxusartikel geworden, da sie 15—16 Sgr. kostet. Der Hauszins wird von den Hausebsitzern von einem Quartal zum anderen um 3—4 Thaler gesteigert. Und bei alledem doch nur einen Wochenlohn von 3—4 Thalern. Sehr viel zur Verschlechterung unserer Lage tragen die Schuhmacher bei, die nicht nur aus der Woche 14 Arbeitstage machen möchten, sondern auch noch in die Fabriken laufen, und dort ihren Mitmenschen die Lage verschlimmern helfen. Unter solchen Verhältnissen ist es nicht zu verwundern, wenn tüchtige Kräfte sich hier nicht lange halten und unsere Partei an Mitgliederzahl nur schwach ist. Doch hat sich in letzterer Zeit die Mitgliederzahl etwas gestärkt; auch die Gewerkschaft hat zugenommen. Alle 14 Tage wird Parteiversammlung abgehalten. So hatten wir am 13. September Parteiversammlung, in der Herr Eckstein unter großem Beifall referirte. Wir gewannen an diesem Abend 8 Mitglieder.

Am Sonntag, den 14. September, war allgemeines Arbeiterfest. Eckstein hielt die Festrede. Der Erfolg war, daß wiederum 16 Einzelnungen in die Parteilisten erfolgten und ein kleiner Ueberseß für die politische Gemahregelung erzielt wurde. Am Schluß des ersten Theils des Festprogramms wurden wir durch ein Telegramm aus Leipzig überrascht. Ein dreimaliges Hoch auf die Abfender war die Antwort. Am Sonntag, den 5. Oktober, mach-

ten wir einen Ausflug in die Umgegend. Und so werden Gelegenheiten benutzt und geschaffen, um für die Partei zu wirken.

Otto Kufahl, Vertrauensmann.

Berlin, 5. Okt. Die „National-Zeitung“ bricht in ein herzzerreißendes Wufeln aus über den kläglichen Eindruck, den am 3. die Wählerversammlung des 1. Berliner Wahlbezirks zum Abgeordnetenhaus in Sommers Salon machte, „sie — die Versammlung — liefert einen deprimirenden Beleg für die Theilnahmslosigkeit und politische Abspannung der großen Menge.“ Von allen Wählern dieses Bezirks waren ungefähr 50 erschienen.

Dr. Löwe, der Bericht über seine Thätigkeit im Abgeordnetenhaus erstattete, betonte, daß die bevorstehenden Wahlen von um so größerer Wichtigkeit seien, da die nächste Legislaturperiode im engem Zusammenhange mit der vorigen stehe und eigentlich nur das Fortsetzen und Ausbauen habe, was die vorige begonnen. Die Fortschrittspartei kann mit Genugthuung behaupten, daß sie die Regierung auf den Reformweg gedrängt. In Betreff der sozialen Frage ist man jetzt vollständig zur Ueberzeugung gekommen, daß sie nicht durch politische Quacksalberei, sondern einzig und allein durch die Bildung gelöst werden kann (Sut gebrüllt Löwe); und in Anbetracht dieses hohen Ziels dürfe man nicht eigensinnig vorgehen und muß nehmen, was am Wege liegt.

Dieselben Herren, die prahlend behaupten, die Regierung auf den Reformweg gedrängt zu haben, sie müssen sich in Zufriedenheit mit den Prosamen begnügen, die Bismarck ihnen in Anbändlung einer guten Laune zuwirft. Sie haben allen Grund, wie alte Weiber zu flennen, wenn auch nicht über die politische Abspannung der Menge, doch über ihren eignen moralischen Tod. Und was könnten wohl die Arbeiter in einer solchen Versammlung, die die Wahl zum Abgeordnetenhaus behandelt, auf das sie ja vermittelst des famosen Dreiklassenwahlsystems keine Wirkung ausüben können, was könnten sie wohl anders, als über den Blödsinn lachen, daß die soziale Frage einzig und allein durch die Bildung gelöst werden könne und daß dieser Idee der Verein für Verbreitung der Volksbildung sein Entstehen verdankt. Das Bollschreit zunächst nach Brod; es will den Ertrag seiner eignen Arbeit und man scheidt einen wandernden Lehrer, der ihm über die Spinnen docirt. Was soll man überhaupt von einer Partei halten, deren Hauptthäne einer bei Entwicklung des Programms sagt, daß die soziale Frage nicht durch politische Quacksalbereien gelöst werden kann, während Vertrauensmänner derselben Partei es jedem Candidaten zur Bedingung machen, für die Beseitigung der Ausbeutung der Gesellschaft vermittelst der Privilegien einzelner Gesellschaftsklassen einzutreten. Hinterher versichern diese politischen und sozialen Quacksalberer noch, daß sie in Nichts ihre Ueberzeugung geändert. Man kann es ihnen aufs Wort glauben, denn sie haben nie eine gehabt, wenn nicht die von der Unfehlbarkeit oder des allein selig machenden Geldsacks, und hierin ist die Bestimmung die alte geblieben.

Ihr Arbeiter Declins aber zeigt diesen Herren, daß Ihr nichts weniger als politisch abgepannt seid, suche Jeder nach Kräften unsere Ideen zu verbreiten, Gesinnungsgegnern zu werben und sie der Partei zuzuführen. Wenn alle ihre Schuldigkeit thun, gehört in nicht zu fernem Zeit Berlin aus.

Berlin. Von mehreren Arbeitern angefordert fuhr ich am 5. Oktober nach Gardelegen, um in einer Volksversammlung über „die Lage der Arbeiter“ u. s. referiren. Die Versammlung war ausgezeichnet besucht, wurde aber sofort nach Eröffnung von dem Folgenden Ribau für aufgelöst erklärt, weil nicht der Einberufer Schilling (der übrigens anwesend war) die Versammlung eröffnet hatte, sondern sich von Parteigenosse Grube vertreten ließ. Als ich gegen die Ungefehltheit dieses Verfahrens Einspruch erhob, antwortete mir der p. p. Ribau in einer Art und Weise, wie sie einem Vertreter der „Behörde“ am allerwenigsten zukommt. Ich wandte mich nun an den im Saale anwesenden Rathmann Heweg, um vielleicht von diesem ein Zustandekommen der immerwährend zunehmenden Versammlung zu ermöglichen. Aber auch dieser vergaß seine Stellung und antwortete mir in durchaus ungehörlicher Weise und als ich mit den Worten „Schöne Zustände hier“ antwortete, stürzten die Herren Heweg, Ribau und mehrere der umstehenden Bourgeois auf mich ein, insultirten mich thätlich und versuchten, mich zu Boden zu reißen, wobei namentlich ein gewisser Schuhmachermeister Buchter oder Peuchter mich mit Füßen zu treten suchte. Kaum hatten indef die Arbeiter bemerkt, was um mich herum vorging, als sie energisch für mich eintraten und jene Herren veranlaßten, den Saal zu verlassen, begleitet von den wenig schmeichelhaften Bemerkungen der empörten Arbeiter. Selbstverständlich werden wir den Rechtsweg gegen das Verfahren einschlagen, um so mehr, als auch Schilling verhintert wurde, die von ihm angemeldete Volksversammlung zu eröffnen.

Trotzdem nun keine Versammlung stattfand, meldeten sich schon mehrere Arbeiter zum Eintritt in die Partei, während eine große Anzahl ihre Sympathien in so unweiseharter Weise kundgaben, daß wir trotz oder vielmehr weil jene Herren so vorgingen einen ganz guten Erfolg zu verzeichnen haben, und wir getrost ausrufen können: Hoch unsere beiden neuen Agitatoren, Herr Rathsherr Heweg und Herr Polizist Ribau!

Mit sozialdemokratischem Gruß Ed. Bernstein.

Berlin, 6. Oktober. Ueber die Sedanfeier im Neuen deutschen Reich ist in diesem Blatte schon mancherlei berichtet; wie dieselbe aber von den Berliner Buchdruckergehilfen begangen wurde, dürfte vielen Ihrer Leser doch noch unbekannt sein. Schon in der Woche vor dem Nationalfesttage zeigte sich in den Reihen der Jünger Outenbergs eine auffallende Bewegung. Wie steht's mit der sozialen Frage? Was haben wir von dieser Siegesfeier? Solche und ähnliche Ermüdungen mochten wohl den Buchdruckerverein veranlassen zu beschließen: „Am 2. September haben die Mitglieder entweder ihre zehnstündige Arbeit oder die tarifmäßige Entschädigung für unverschuldete Zeitverräumung zu beanspruchen“. Unsere national-liberalen und Reptilienblätter resp. Patrioten und Reptilienwäter, die gelegentlich des Siegesfesttages ein patriotisches Geschäftchen zu machen hofften, denn die Abonnementgelder hatten sie in der Tasche und die Ersparnis an Papier durch den Ausfall einer Kammer kam noch dazu in Betracht, zogen lange Gesicht, aber sie bissen in den sauren Apfel. Komisch war die ohnmächtige Wuth dieser deutschen Patrioten. Die Zeitungen konnten doch nicht erscheinen, das ging nicht; denn alle Welt sollte doch glauben, das ganze deutsche Volk begeht den 2. September als Festtag. Aber Rache ist süß. Gut, knischten unsere Patrioten, wenn die Seher kein deutsches Herz haben, dann sollen sie auch arbeiten — Zeitentschädigung bezahlen wäre ja unpatriotisch! In verschiedenen Druckereien beschäftigte man die Zeitungsetzer mit dem Segen von Feuilleton u. s. w., was aber zur Folge hatte, daß an den nachfolgenden Tagen Wartestunden eintraten und diese Vorarbeiten also doppelt theuer kamen. In anderen Offizinen hatte man absolut keine Beschäftigung für die Böfewichte; aber kommen mußten sie. Und sie kamen auch und freuten sich ihrer Kraft und ihres Vereind. Deutsche Arbeiter! das

nenn man gewerkschaftliche Organisation! — Wie jämmerlich war dagegen die Volksversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins am 2. September. Hasenclever prahlte zuerst mit seinem Patriotismus, denn der Erbfeind habe Deutschland angegriffen und deshalb habe er im Reichstage für Bewilligung der Kriegsanleihe gestimmt. Trotzdem habe ihn die Bourgeoisie, während er als Landwehrmann in Frankreich stand, als Vaterlandsverräter denunziert und, sagte der Herr Präsident, was das zu bedeuten hat, werden Diejenigen verstehen, die Soldaten waren! Ein Hoch auf's Kommiss! tönte die Stimme eines Betrunkenen dazwischen. Ja, man kann mit Recht behaupten, die Leiter und Redner der Versammlung hatten alle Mühe, zu verhindern, daß nicht die mit Orden behängten Sozial-Demokraten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins eine Ovation auf den großen Sieg veranstalteten. Das sind die Früchte Schweizer'scher, Tödtlicher und Hasselmann'scher Erziehung! Hasenclever wagte nur schlüchtern zu bemerken, daß die Annexion von Elsaß-Lothringen gegen den Willen der Bevölkerung, nach seiner Ansicht, eigentlich doch ungescheit wäre; es könnte den Arbeitern ja gleichgültig sein, zu welchem Lande diese zwei Provinzen gehörten. Der Herr Vicepräsident machte einige Kalauer, die das souveräne Volk in eine gemüthliche Stimmung versetzen sollten und wiederholten wohl sechsmal: „Was soll ich noch weiter sagen, der Herr Präsident hat ja bereits Alles gesagt“. So verließ diese große Volksversammlung wie alle übrigen, resultatlos, ungesährlich für die heutigen Machthaber, und weiter hat es keinen Zweck.

Hannover, 7. Okt. An sämtliche Tischler und Fachgenossen von Deutschland, Oesterreich und der Schweiz. Da der Streik der Tischler in Hannover bereits in der 10. Woche sehr erbittert fort-dauert, so ersuchen wir jeden Tischler und Fachgenossen, dahin zu wirken, daß der Bezug von Arbeitskräften nach hier fern bleibt; wir ersuchen auch nach besten Kräften pecuniär für uns einzutreten, wir werden in ähnlichen Fällen auch für Euch dasselbe thun. Tretet Alle für uns ein und der Sieg wird unser werden.

Unterstützungen wolle man senden an unseren Kassirer B. Schulz, Ballhoffstraße Nr. 1.

NB. Der Arbeitsnachweis befindet sich nur allein Tischlerherberge Ballhoffstraße Nr. 1. Die Commission.

Eisenach, 3. October. Am 17. September reiste ich von Berlin ab, um den Harz und Thüringen zu besuchen. Meine Agitationsreise dauerte bis zu Ende des Monats und fand in dieser Zeit folgende Volksversammlungen statt: Am 17. Neudorf bei Staßfurt (Referent Fischer). Am 18. Halberstadt (fiel aus, wegen Localmangel). Am 19. Duedlinburg. Am 20. Harzgerode. Am 21. Hornhausen. Am 22. Neudorf (für Staßfurt, wo die Versammlung wegen der Colera nicht gestattet wurde). Vom 19.—22. Sept. referirten in den Versammlungen Fischer und ich. Am 25. Eisenberg (fiel aus, weil Anmeldung versäumt war). Am 26. Apolda. Am 27. Weimar. Am 29. Eisenach. In Eisenberg traf ich mit Ufert zusammen, mit welchem gemeinschaftlich ich in Apolda und Weimar referirte. Die Versammlungen waren mehr oder weniger gut besucht. Besonders zufriedenstellend waren die Versammlungen in Harzgerode und Hornhausen, sowohl durch den Geist wie die rege Theilnahme der Bevölkerung. Ebenso waren die Versammlungen in Apolda und Eisenach gut besucht. In Apolda war die alte Garte am Plage. In Magdeburg hatte ich am 23. und 24., in Erfurt am 28. Gelegenheit, mit dem Genossen Rück-sprache zu nehmen. Am letzteren Tage fand auch in Sommerda Volksversammlung statt, in welcher Imhof allein referirte, da ich verhindert war. Den Genossen in Neudorf und Duedlinburg rufe ich zu, daß sie sich künftighin rege theilnehmen mögen, als ich dies geschehen. Man kann nicht Sozialdemokrat sein, wenn man dies nicht bethätigt. Der Vertrauensmann Löffel schenkt zwar kein Opfer für die Sache, die Andern es ihm gleich thun. Die Parteiverhältnisse in Apolda begannen sich zu heben und Eisenach schreitet rüstig vorwärts. In Hornhausen besteht eine tüchtige Mitgliedschaft, deren Vertrauensmann Heinrich Hoyer für stetige Ausbreitung der Partei und Verdrängung des „Bolschaat“ mit allem Eifer wirkt. Ich bin zu der Hoffnung berechtigt, daß die Agitation gute Früchte tragen, besonders das Wirken für den „Bolschaat“ seinen Zweck erreichen wird.

Die Genossen in ganz Deutschland und darüber hinaus mögen bedenken, daß jeder ein Agitator sein muß, und daß keine Stunde, keine Gelegenheit unbenuzt vorübergehen darf, um unsere Prinzipien zum Gemeingut des Volkes zu machen. Kleist.

Bielefeld. In Nr. 112 des „Neuen“ ist im Briefkasten des-jelben folgendes zu lesen: „Auf mehrfache Anfragen bemerke ich, daß ich wieder seit Februar d. J. Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins bin. C. Klein, Ebersfeld, Fuhrstraße 11.“ Vor einiger Zeit veröffentlichte unser Carlchen in der „Ebersfelder Zeitung“ eine Erklärung, welche dahin lautete, daß er (Carlchen) nicht mehr Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins sowie Mitglied der sozialdemokratischen Partei sein wolle. „Ich werde“, sagt unser Carlchen am Schluß jener Erklärung, „von nun an nur mir selbst leben“. Jetzt ist unser Carlchen wieder in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche aufgenommen worden, Darob ist nun große Freude in der Dresdenerstraße entstanden; denn Carlchen wird den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, der hieselbst sehr im Argen liegt, wieder retten. —

Hasselmann, den fastigen Hasselmann, gedenkt der Allgemeine als Reichstagskandidat anzustellen.

Man wird aber nicht viel Glück damit haben; denn die hiesigen Arbeiter haben an Schweiger genug bekommen, als daß sich dieselben noch für einen Hasselmann interessieren sollten. Von unserer Seite wird jedenfalls ein Candidat gegenüber gestellt werden, denn es muß den Arbeitern klar gemacht werden, wer Hasselmann und was Hasselmann ist.

Wormen. In einer sehr zahlreich besuchten gemeinschaftlichen Parteiversammlung zu Ebersfeld beschlossen die Anwesenden, nachdem sich dieselben über die zur Urabstimmung gestellten Anträge bejahend geäußert, hinsichtlich der Reichstagswahl nach längerer Debatte, einen eignen Candidaten aufzustellen und die Agitation hierfür mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben. Zunächst sollen die einzelnen Mitgliedschaften untersuchen, auf welche Weise sie die nöthigen Geldmittel beschaffen und soll dann in einer in 14 Tagen stattfindenden gemeinschaftlichen Versammlung Weiteres erörtert werden.

Die Motive, einen eignen Candidaten zum Reichstago aufzu-stellen, sind folgende: Es ist nicht anzunehmen, daß der Allgemeine deutsche Arbeiterverein einem Candidaten unserer Partei seine Stimme giebt, ebensowenig wie wir einem Candidaten dieser Partei eine Stimme geben. Wir irren sicher nicht, wenn wir behaupten, daß seit der Schweizer'schen Affaire die Bewegung unter den hiesigen Arbeitern in sozial-politischer Beziehung wesentlich abgenom-men hat und es schwer werden wird, einen Candidaten, wie etwa Hasselmann, Tödtle u. durchzubringen.

Unter diesen Umständen hat unsere Partei immerhin Aussicht, Stimmen für einen tüchtigen Sozialdemokraten zu erhalten, na-

mentlich wenn es diesem gelingt, in den vorher stattfindenden Volksversammlungen Anhänger zu gewinnen.

Ist auch kein durchschlagender Erfolg zu erzielen, so ist diese Concurrenz wenigstens für die Entwicklung unserer Sache hier am Plage von Vortheil, indem Mancher zur Partei herangezogen wird, die sich schon jetzt eines immerwährenden Wachstums erfreut und in deren Versammlungen ein frischer, echt sozialdemo-kratistischer Geist weht.

Stündl, 2. October. Mahnruf an die Arbeiter Württemberg's, die Landesversammlung der württembergischen Volkspartei betreffend. Eingedenk des Beschlusses der Landesversamm-lung der württembergischen Sozialdemokraten zu Göppingen, haupt-sächlich aber des Eisenacher Kongresses von diesem Jahre, erinnern wir alle Arbeiter und Parteigenossen, sich fest an die dort gefassten Beschlüsse und Resolutionen zu halten und bei der nächsten Reichs-tagswahl jeden Compromiß mit-irgend einer Partei von sich zu weisen oder sich lieber durch Stimmeneenthaltung vor dem „Ras-führen“ durch andere Parteien zu schützen.

Wir kommen desto lieber darauf zurück, als wir auf der Landesversammlung der württembergischen Volkspartei am 28. v. Mts. hinsichtlich überzeugt wurden, daß diese Klasse von Menschen von allen möglichen Freiheiten faßelt, aber vor dem Sage: „Besserstellung der arbeitenden Klasse“ mehr Angst hat als vor einem Pfaffen oder Norddeutschen.

Für das Agitationscomitee: der Sekretär.

Mühlhausen im Elsaß. Im „Industriell alsacien“ („Elsaß-sische Industrie-Zeitung“) las ich kürzlich einen Bericht über eine Sitzung des Industrie-Bereins. Es war angegeben, daß in dieser Sitzung Herr August Dollfus, Mitglied der bekannten Firma, sich über das Verhältnis der Arbeitslöhne zu den Lebensmittelpreisen ausgesprochen habe. Herr Dollfus gehört zu der Klasse der Großindustriellen, ist ein sehr reicher Mann und hat gut reden. Er verpörrt es nicht, wenn Arbeitslohn und Lebensmittelpreise in einem solchem Mißverhältnis stehen, daß der Arbeiter oft die bitterste Noth leiden muß. Herr Dollfus ist auch „gut französisch“ gefinnt und hat gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen protestirt, aber die ökonomischen Verhältnisse sagt er sehr eigen-thümlich auf. Bezüglich der heutigen Produktionsweise fällt es ihm nicht ein, gegen Verletzung der Menschenrechte zu protestiren. Da-her behauptet er auch, das, wenn seit dem Jahre 1834 die Preise der Lebensmittel um das Doppelte gestiegen seien, der Arbeits-lohn in noch größerem Verhältniß (!) erhöht worden sei. Einige Arbeiter haben in der „Neuen Mühlhäuser Zeitung“ die Behaup-tung des Herrn Dollfus widerlegt; ich gebe ihre Ausführungen wieder:

	1830—1840	und	1873
Ein Spinner in 12 Tagen	40 Fr.		45 Fr.
Ein Drucker	38 Fr.		48 Fr.
Ein Tagelöhner	16 Fr.		14 Fr.
Ein Weber	30 Fr.		30 Fr.
Ein Mechaniker	42 Fr.		48 Fr.
Ein Zuschläger	24 Fr.		30 Fr.

Also ein Spinner verdient statt 40 jetzt 45 Fr. per 12 Tage, aber wels' ein Unterschied in der Arbeit! Ehedem hatte er Ma-schinen mit 360 Spindeln, jetzt aber mit 1000 und 1200; es ist wahr, man sieht nicht mehr so viele krumme Spinner wie vor-mals. Das Sprichwort: „Sind alle Spinner krummer“ ist jetzt abgegangen, aber betrachtet jetzt einen Arbeiter, welcher 13 Jahre gesponnen hat! Die anstrengende Arbeit von halb 6 Uhr bis Abends 7 Uhr, den ganzen Tag fort und fort ohne eine Minute Ruhe, macht ihn zum Greise im 35. Jahre und das mit 12 1/2 pCt. mehr Lohn als vorher.

Die Drucker braucht man gar nicht mehr zu rechnen. Mit ihren 27 pCt. mehr Lohn als vorher arbeiten sie jetzt, wenn es ganz gut geht, nur die halbe Zeit, und die andere Hälfte können sie als Tagelöhner arbeiten.

Die Tagelöhner haben die größte Lohnerhöhung mit 50 pCt., wie man aber in jetziger Zeit leben kann mit 2 Fr., besonders wenn man noch Weib und Kinder hat, das überlassen wir dem Leser. Die Mechaniker haben eine Lohnerhöhung von 7 pCt., die Zuschläger von 25 pCt., die Weber verdienen das Gleiche wie jetzt.

Jetzt wollen wir die Nahrungsmittel untersuchen, wobei wir bemerken, daß Alles gering gerechnet ist und nichts übertrieben.

Wenn wir die offiziellen Preislisten nicht haben, so wissen noch Viele von uns, was von Jahr zu Jahr Alles gezollten hat, und aus diesem ziehen wir den Durchschnitt.

	1830—1840	und	1873
5 Pfund Brod	Fr. — 55		Fr. 1. 10
1 „ Fleisch	— 40		— 80
1 „ Butter	— 50		1. 50
1 Saß Kartoffeln	3. —		5. —
1 Liter Wein	— 50		— 80
1 paar Schuhe	7. —		14. —
1 Wohnung	10. —		18. —
100 starke Wellen	40. —		60. —

Die Steuern sind ebenso gestiegen.

	Also die Butter ist 200 pCt. gestiegen,
das Brod	100
das Fleisch	100
die Kartoffeln	65
der Wein	60
die Schuhe	100
die Wohnungen	80
das Holz	50

Die Kleider, wie man sie jetzt tragen muß, um nicht verächtlich als Bettler angeschaut zu werden, sind mehr denn 100 pCt. gestiegen. Zudem ist Alles verfallt und 25 pCt. weniger werth als in den dreißiger Jahren.

Unterschied: Der Lohn, welcher am meisten gestiegen ist, ist um 50 pCt. gestiegen, der welcher am geringsten gestiegen ist, bleibt der gleiche. Die Nahrungsmittel, welche am meisten gestiegen sind, sind um 200 pCt. gestiegen, die niedrigsten um 50 pCt.

Schluß: Wunderbar, daß mit allen diesen Zahlen überall in höheren Kreisen man sich verwundert, daß der Arbeiter nichts erspart und alles vergeudet, im Gegensatz zu den Kapitalisten, welche mit dem kleinen Gewinn, den sie nehmen, seit 40 Jahren hübsche Sümmchen in ihre Sparcassen hegen!

Und, möchte ich noch hinzufügen, Herr Dollfus soll sich das nächstmal die Dinge etwas genauer ansehen, bevor er in den Tag hineinspricht. Es ist eine Thatsache, daß die Steigerung des Arbeitslohnes mit der Steigerung der Lebensmittel nicht gleichen Schritt halten kann. Wie könnte auch der Arbeiter seinen Lohn so schnell steigern, als die Banier der Börse die Lebensmittelpreise hinauffschwindeln?

Berichtigung.
In dem Artikel: Schwindel und Staatschiffe, in Nr. 94 steht durch einen Schreib- oder Druckfehler: Königin-Mutter anstatt Königin.

Wittwe (die bekanntlich kinderlose Frau des verstorbenen älteren Bruders des jetzigen König-Kaisers).

Briefkasten

der Redaktion. G—g in Penig: Wir bedauern, daß unser Brief nicht angekommen. Stiebert's vielleicht? Weitere Zusendungen werden wir gern entgegennehmen. Kad. B. in Barmen: Sollen uns sehr willkommen sein. Gruf. B. in Gotha: Um Ihrem Wunsche entsprechen zu können, mußten wir auch das Schreiben an B. einleiden.

der Expedition. Simon Kalen: Betrag im 4. wie im 3. Quart. C. L. Hof: Schrift 3 Gr. Maschinenridgenossenschaft Auerbach: Ann. 2 Thlr. 3. Oehl, Münchendorfer: Ann. 6 Gr. W. Jyl, Breslau: Ab 3. Qu. 7 Thlr. 15. 4. Qu. 12 Thlr. C. H. Paris: Ab 4. Qu. 1 Thlr. 20. O. Ott, das: Ab 4. Qu. 1 Thlr. 20. Ret, hier: Schrift 4 Gr. 5. Fr. Ob, Lindenau: Ab. Oktober 1 Thlr. 10 5. R. K., Dresden: Ab 3. Qu. 5 Thlr. 10. Fr. Jrgls, Grimmitzschau: Ab 3. Qu. 20 Thlr. C. Mär, Wien: Ab 3. Qu. 2 Thlr. Gewerksch. d. Maurer, Dresden: Ann. 24 Gr. G. H. das: Ann. 7 Gr. Wast, hier: Ab. Okt. 5 Gr. 5. Brs, Gröbere: Schrift 8 Gr. 1. Sgr, München: Schrift 2 Gr. 5. Rds, Nowawes: Schrift 12 Gr. K. Jyl, Berlin: Ab 3. Qu. 8 Thlr. 18. 5. Vödr, Colp, hier: Ab 3. Qu. 1 Thlr. 19. 5. Pfrs, Berlin: Ab 3. und 4. Qu. 1 Thlr. 2. Sgr, Rem-Hort: Ab 4. Qu. 16 Gr. B. u. St., Berlin: Ab 3. u. 4. Qu. 1 Thlr. 2. Hgl, Wien: Ab 4. Qu. 1 Thlr. 2. Wrgl: Schrift 13 Gr. K. Ohr, Wien: Ab 4. Qu. 5 Thlr. H. Jyl, Berlin: Schrift 4 Thlr. 16. 5. Wrl. f. A. M. Nürnberg: Ann. 3 Thlr. K. H. Berlin: Ab 3. Qu. 8 Thlr. 6. K. Grb, Spenner: Schrift 1 Thlr. 1. J. Kth, Crefeld: Ab 3. Qu. 3 Thlr. 27. G. L., Mainz: Schrift 2 Thlr. 4. C. Hbl, hier: Ab 4. Qu. 4 Thlr. 10. D. Rshn, Constanz: Die Schriften können erst verandt werden, wenn eine Barzahlung von der Hälfte (3 Thlr.) des Betrages erfolgt oder die Mitglieder dort schriftlich ihre solidarische Haftung für die zu beziehenden Schriften erklärt und uns eingekandt haben.

Genossenschaftsbuchdruckerei.

Antheilscheine bez. Antheilsanstellungen erhielten ferner: In Nürnberg: G. B. 10 Thlr.; in Reutlingen: Gb. B. 1 Thlr., B. St. 1, in Mainz: B. J. 2. 2 Thlr., C. L. 1, Jac. 2. 2, Conf. K. 1, F. J. 1. Hablich.

Zum Reichstagswahlfond.

Von Richter hier 14 Gr. 5.

Berlin Sonnabend, den 11. October, Abends 8 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Derolse, Köpmitzerstr. 145. Tagesordnung: Bericht über den Congress. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig. D. B.

Frankfurt a. M. Soz.-dem. Arbeiterpartei. Versammlungsort: Stadt Kreuznach, Dominikanergasse 10. — Jeden Samstag Abend Vortrag und Dis-kussion.

NB. Der „Bolschaat“ liegt in folgenden Wirtschaften aus: Partini, gr. Bodenheimerstraße; Eilz, Kanneziergasse; im Lindenbaum, Saal-gasse; im Stolzenfels, alte Mainzerstraße; Schwab, Papageistrasse und Schäfler, Papageistrasse. [ma]

Hamburg Sozialdemokrat. Arbeiterpartei. Versammlung am Montag, den 13. October, Abends 9 Uhr, bei Hansch, Schauenburgerstr. 14 (großer Saal). Tagesordnung: Vortrag von Weib über den Reichstag und die nächsten Reichstagswahlen. Gäste haben Zutritt.

Hamburg Gewerkschaft der Holzarbeiter. Sonnabend, den 11. October, Abends 9 Uhr, Mit-gliederversammlung in Hansch' Clublokal, Schauenburgerstraße. Tagesordnung: Wahl eines Kassirers. Gewerkschaftliches. A. Wendt.

Hamburg Concert und Ball der Mitglieder des sozialdemokratischen Arbeiter-vereins, am Sonnabend, den 18. October, Abends 8 Uhr, in Tülgel's großem Saal, Valentinslamp 41. Preis der Karte 4 Schill. — Karten sind zu haben bei den Colpor-teuren des „Bolschaat“ (Schulz und Schlyge), bei Traumann, Dragoner-str. 25, und Geib, Ködingsmarkt 12. Das Comité. (3*)

Leipzig Internationale Metallarbeitergesellschaft. Montag, den 13. October 1873, Sitzung bei Arnold, Reudnigerstr. Nr. 10.

Tagesordnung: 1. Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß vom 15. Okt. 1873 an für die neu eintretenden Mitglieder das Einschreibegeld in die Krankengasse auf 10 Ngr. erhöht wird und in Kraft tritt. 2. Vortrag-ferner werden alle resignirenden Mitglieder aufgefordert, zu erscheinen und getreu ihren Pflichten nachzukommen. Der Bevollm.

Thonberg u. Umgegend Arbeiterverein. Montag, den 13. Octbr., Abends halb 9 Uhr, Versammlung im Gasthaus zum Thonberg. Der Vorstand.

Wandsbeck Sozialdemokrat. Arbeiterverein. Versammlung jeden Freitag, Abends halb 9 Uhr, im Lokale der „Harmonie“. Tagesordnung für Freitag, den 17. Okt.: „Die sozial-politische Bewegung und die Gewerkschaften.“ Ref.: Herr R. Prauß. Gäste haben Zutritt. Julius Köhn.

Ein möbliertes Wohnzimmer mit Schlafstube ist als Schlafstube an 2—3 Herren zu vermieten, Leipzig, Bayerischestraße 8b, 4 Tr., bei Colporteur Müller. (2b)

Herr Richard Ebert zeither in Dresden. wird aufgefordert, seinen Aufenthalt der Expedi-tion dieses Blattes unverzüglich anzuzeigen. [2b]

Von dem Werke

Herr Vogt von R. Marx sind noch fünf Exemplare à 3 Thlr. gegen baar zu beziehen durch die Buchhandlung des „Bolschaat“.

Durch B. Rubenow's Buchhandlung, Berlin, Brunnensstraße 34 zu beziehen:

B. Eichhoff, Die internationale Arbeiterassoziation. Ihre Gründung, Organisation, politisch-soziale Thätigkeit und Ausbreitung. Preis 4 Sgr.

J. G. Gecarius, Eines Arbeiters Widerlegung der national-ökonomi-schen Lehren John Stuart Mill's. Preis 4 Sgr. Je 10 Exem-plare auch gemischt, für 1 Thlr.

Sieben neu erschienen: **Ranf und Sozialismus**. Eine Studie von Pflümund. Preis 2 Sgr. 6 Pf. 20 Exempl. für 1 Thlr.

Zur allgemeinen Kenntniß bringen wir, daß Inserate für die nächste Nummer nur bestimmter Aufnahme finden, wenn das betr. Manuscript einen Tag vorher, also Montag, Mittwoch oder Freitag Mittags in unseren Händen ist.

Inserate bitten wir an und zu adressiren.

Die Expedition des „Bolschaat“.

Leipzig, Hermann, Resakauer A. Caspar. (Redaktion und Expedition: Jägerstr. 44). Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.